

Deutscher Städtetag | Hausvogteiplatz 1 | 10117 Berlin

Herrn Bundesminister
für besondere Aufgaben und
Chef des Bundeskanzleramtes
Prof. Dr. Helge Braun, MdB
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Beratungen der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder mit der Bundeskanzlerin zur Lage in der Pandemie

05.08.2021

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

an das Treffen der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder mit der Bundeskanzlerin in der kommenden Woche werden hohe Erwartungen geknüpft. Aus unserer Sicht ist es sehr wichtig, ein klares Signal der Geschlossenheit und des gemeinsamen Agierens in der Bewältigung der Krise auszusenden.

Ich möchte Sie bitten, die folgenden zentralen Anliegen der Städte in die Beratungen einzubringen.

Rolle der Kommunen in der Impfstrategie

In der Impfstrategie von Bund und Ländern kommt es jetzt entscheidend auf die Ansprache bisher nicht erreichter Personengruppen an. Dazu braucht es verstärkt aufsuchende Angebote, wie mobile Impfteams und niedrigschwellige Angebote in Schulen, in Einkaufszentren, in Studentenwohnheimen oder in Fußballstadien. Viele Städte haben bereits solche kreativen Impfangebote umgesetzt, sie werden gut angenommen. Die Städte stehen bereit, diese Impfgelegenheiten anzubieten und auf Kinder und Jugendliche und für Auffrischungsimpfungen für Ältere auszuweiten.

Dazu brauchen sie jedoch dringend Klarheit und Planungssicherheit, welche Rolle den Städten in der Impfstrategie über den September hinaus zukommen soll.

Kontakt

Helmut Dedy
helmut.dedy@staedtetag.de
Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin

Telefon 030 37711-100
Telefax 030 37711-109

www.staedtetag.de

Aktenzeichen
00.04.02 D

Hauptgeschäftsstelle Berlin

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon 030 37711-0

Hauptgeschäftsstelle Köln

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon 0221 3771-0

Europabüro Brüssel

Avenue des Nerviens 9-31
1040 Bruxelles / Belgien
Telefon +32 2 74016-20

Dabei geht es etwa um die Frage, wer die mobilen Impfteams für Pflegeeinrichtungen und Schulen organisieren und koordinieren soll oder wer etwa den Einsatz von Impfbussen an Einkaufszentren und öffentlichen Plätzen initiiert. Und schließlich geht es auch darum, ob große Impfzentren aufrechterhalten werden sollen oder abgewickelt werden können. Diese Fragen müssen schnell beantwortet werden, da jetzt zu entscheiden ist, ob die Städte das zusätzliche Personal gehen lassen oder weiterbeschäftigen. Klärungsbedürftig ist je nach Entscheidung auch die Folgefrage der Kostenübernahme durch den Bund und die jeweiligen Bundesländer.

Schulbeginn

Wir müssen alles dafür tun, den Präsenzunterricht in den Schulen zu gewährleisten und gut abzusichern. Als Städtetag unterstützen wir ausdrücklich den Vorstoß der Gesundheitsministerkonferenz, ein Impfangebot für die über Zwölfjährigen in Schulen bereitzustellen. Die Städte bieten an, diese Angebote in den Schulen über die mobilen Impfteams zu unterstützen.

Motivation sensibler Berufsgruppen für die Impfung

In einigen Städten gibt es Überlegungen, möglicherweise zurückhaltende Personen in sensiblen Berufsgruppen gezielt anzusprechen. Dies soll nicht individuell, sondern auf die Berufsgruppe bezogen stattfinden. Dafür wäre es wichtig, Daten oder zumindest qualifizierte Schätzungen über die Impfquoten in einzelnen sensiblen Bereichen zur Verfügung zu haben.

Frage des Inzidenzwertes

Im Auf und Ab der Pandemie war eins stets von außerordentlicher Bedeutung: die Kommunikation und die politische Glaubwürdigkeit. Für die Bürgerinnen und Bürger ist der Inzidenzwert ein eingeführter und akzeptierter Maßstab. Wenn die Abkehr vom Inzidenzwert ernsthaft in Betracht gezogen wird, ist es entscheidend, den neuen Maßstab nicht zu kompliziert auszugestalten. Wir können uns vorstellen, die Hospitalisierungsrate und/oder die Belegung der Intensivbetten einzubeziehen. Sollte eine Reihe weiterer Aspekte einbezogen werden, sehen wir die Gefahr, dass der neue Maßstab für die Allgemeinheit kaum nachvollziehbar sein und deshalb auf wenig Akzeptanz stoßen wird.

Klar muss auch sein, dass ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen möglicherweise erhöhten zulässigen Inzidenzwerten und der Kontaktnachverfolgung besteht. Wenn eine höhere Inzidenz zugelassen werden soll, wird das Konzept der Kontaktnachverfolgung überprüft werden müssen. Uns ist noch kein Vorschlag bekannt, wie die in der Debatte befindliche Konzentration der Nachverfolgung auf Ausbruchcluster für die Arbeit der Gesundheitsämter praktikabel ausgestaltet werden kann.

Kostenfreiheit für Antigentests

Die Frage, wie lange eine kostenfreie Teststruktur für alle Menschen aufrechterhalten werden sollte, wird in naher Zukunft zu entscheiden sein. Die Überlegungen sind richtig, diese Möglichkeit ausschließlich für Personen aufrechtzuerhalten, die sich nicht impfen lassen können. Für alle anderen Bürgerinnen und Bürger und auch für die Städte bedarf es unter Umständen einer Übergangszeit, um sich auf das Ende der Kostenfreiheit einzustellen.

Ich möchte Sie bitten, die städtischen Interessen bei Ihren Beratungen zu berücksichtigen. Den Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz, Michael Müller, und den Bundesgesundheitsminister Jens Spahn habe ich mit gleichlautendem Schreiben um Unterstützung gebeten.

Mit freundlichen Grüßen



Helmut Dedy